

Die Notlösung schaffte Abhilfe

In Osttimor wurde dieses Jahr schon dreimal gewählt

In Osttimor ist es wieder zu Krawallen gekommen, nachdem die neue Regierung aus einer Koalition unter Führung der CNRT (Partei des Nationalen Kongresses für den Wiederaufbau Osttimors) feststand.

Michaela Koller

Präsident José Ramos-Horta, international bekannt als Friedensnobelpreisträger von 1996, ernannte den einstigen Freiheitskämpfer und ehemaligen Präsidenten (2002 bis 2007) Kay Rala Xanana Gusmão zum neuen Premierminister.

Nach wochenlangem Gezerre um die Regierungsbildung mit gegenseitigen Boykottandrohungen machte er so von einer Notlösung Gebrauch, die die Verfassung des kleinen südostasiatischen Staates vorsieht. Das neue Parlament war bereits am 30. Juni 2007 gewählt worden und ist schließlich am 30. Juli zusammengetreten, ohne dass eine neue Regierung bestimmt wurde. Einen Tag darauf hatte Ramos-Horta den Parteien eine letzte Frist bis zum 3. August gesetzt, zu der sie sich auf eine Regierung geeinigt haben sollten. Grund für die Zähigkeit der Verhandlungen war der Umstand, dass keine der Parteien eine klare Mehrheit hinter sich hatte: Die in der ersten Legislaturperiode regierende Fretilin (Frente Revolucionária do Timor-Leste Independente) hatte erdrutschartige Verluste erlitten und verlor die Hälfte ihres Stimmenanteils, von 58 Prozent der Stimmen im Jahr 2002, als Osttimor unabhängig wurde, auf nunmehr 29 Prozent. Die zur Wahl neu gegründete CNRT errang 24 Prozent, ebenso ein mageres Ergebnis, wenn man bedenkt, dass ihr der Nationalheld Gusmão vorsteht. Er hatte einst den bewaffneten Widerstand gegen die indonesischen Besatzer angeführt und war deswegen sieben Jahre in

einem Hochsicherheitsgefängnis in Jakarta eingesperrt. Die CNRT hatte sich wenige Tage nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses mit der Assoziation der Demokraten Timors und der Sozialdemokraten Timors (ASDT-PSD), die auf 16 Prozent kam, und der Demokratischen Partei, die zwölf Prozent Zustimmung erhielt, auf eine Allianz verständigt. Noch vor Ablauf des



Xanana Gusmão,
neuer Premierminister Osttimors

Quelle: www.santissima.pt

Ultimatums hatte der ehemalige Premierminister Mari Alkatiri von der Fretilin gedroht, seine Fraktion würde die künftigen Parlamentssitzungen boykottieren, falls sie nicht den Regierungschef stelle. Das Einsetzen der neuen Regierung bezeichnete er diesen Akt als illegal. Aus diesem Grund versagte seine Partei der Regierung die Zusammenarbeit. Anhänger der Fretilin setzten in einigen Städten Gebäude in Brand und warfen in der Hauptstadt Dili mit Steinen auf Polizisten, die mit Tränengas zurückschossen. Präsident Ramos-Horta versuchte den Mob zu beruhigen: »Glaubt nicht, dass Fretilin verloren hat. Fretilin ist eine sehr wichtige Partei im Parlament, die die beste Opposition werden wird, hat sie doch Erfahrungen und Fähigkeiten dazu.«

Die neue Regierung benötigt nun eine starke Hand, nachdem das Land im vorigen Jahr unter Alkatiris Regierung in eine tiefe politische Krise geschlittert war und sich daraus auch noch ein nationaler Notstand entwickelt hatte.

Ist der Streit friedlich zu lösen?

Bereits zum dritten Mal in diesem Jahr fanden Wahlen in Osttimor statt.: Bereits im April und Mai war mit knapp 70 Prozent der Stimmen José Ramos-Horta, international bekannt als Friedensnobelpreisträger von 1996, zum neuen Staatspräsidenten gewählt worden. Das war bereits eine Ohrfeige für die Fretilin: Ihr Kan-

Die Autorin hat Politik und Ethnologie in München und Los Angeles studiert, besuchte Osttimor als freie Journalistin. Sie ist Vorsitzende des Osttimorforums e.V. in München.

didat, Francisco Guterres, unterlag in der Stichwahl am 9. Mai deutlich mit etwas mehr als 30 Prozent der Stimmen. Guterres, der Lu-Olo genannt wird, hatte im ersten Wahlgang noch vor Ramos-Horta gelegen, der zuletzt Premierminister des jungen Staates war. Vom Präsidenten, wie auch von der neuen Regierung, wird vor allem erwartet, das krisengeschüttelte Land wieder auf den Weg der Entwicklung zurückzuführen. Der Schweizer Jesuitenpater Ruedi Hofmann, der seit dem Jahr 2000 in Osttimor lebt und vorher Jahrzehnte in Indonesien wirkte, formuliert, was viele Timoresen denken: »Es geht vor allem darum, die Einheit des Volkes wieder herzustellen.«

Und was die Auseinandersetzung zwischen Alkatiri von der Fretilin und Xanana Gusmão mit seiner CNRT angeht, sieht er dessen Auswirkung pessimistisch: »Kann dieser Streit friedlich gelöst werden, oder nicht – das ist die Frage. Das Volk wird von den Führern und vor allem von Xanana und Alkatiri aufgestachelt. Und wenn das noch einmal passiert, jetzt aufgrund dieser Lage, dann haben wir dieselbe Situation wie vor einem Jahr.«

Spätestens seit April vorigen Jahres, als Unruhen in dem südostasiatischen Inselstaat ausbrachen, sprechen viele Beobachter von einem »failed state« (zerfallenen Staat), ein Begriff, der Hoffnungslosigkeit ausdrückt und ein weit verbreitetes Gefühl in diesem ärmsten Land Asiens widerspiegelt: Nach jahrzehntelanger Besatzung durch den riesigen Nachbarn Indonesien seit 1975 gipfelte das Schicksal der kleinen Nation im Jahr 1999 in Massenmord und einem Zerstörungsfeldzug, angeheizt durch das indonesische Militär und ausgeführt von ihm hörigen Milizen. Im Mai vor fünf Jahren wurde das Land dann unabhängig im diplomatischen Sinne, jedoch fehlt soviel Souveränität, Indonesien zu einer vernünftigen Aufarbeitung der Vergangenheit bringen zu können. Noch in diesem Mai leugnete der Hauptverantwortliche für die systematischen Menschenrechtsverletzungen von 1999, Jakartas einstiger Verteidigungsminister und Armeechef, General Wiranto, seine Verbrechen vor einer gemeinsamen »Wahrheits- und Freundschaftskommission« Osttimors und Indonesiens. »Unsinnig und verrückt« seien die gegen ihn erhobenen Vorwürfe, denen immerhin auf osttimoresischer Seite rechtstaatliche Ermittlungen, von der UNO unterstützt, zugrunde liegen. Auch sämtliche anderen Hauptverantwortlichen wurden bislang nicht zur Rechenschaft gezogen. Die Frustration über die Ungerechtigkeit und Verdunklung der Wahrheit spielte gewiss auch im vorigen Jahr in die

Unruhen mit hinein, wegen derer immer noch mehr als 90.000 Timoresen in Flüchtlingslagern leben und eine multinationale Streitmacht, von Australien angeführt und mit 3.200 Mann, auf der Inselhälfte präsent ist.

Bei den Unruhen im vorigen Jahr standen sich Kaladi, Osttimoresen aus dem Westen des Landes, sowie Firaku, Landsleute aus dem äußersten Osten der Insel, feindlich gegenüber. Firaku warfen den Kaladi vor, mit der indonesischen Besatzungsmacht sympathisiert zu haben, da sich vor allem unter ihnen viele für den Polizeidienst rekrutieren ließen und den Apparat bis dato dominieren. Kaladi-Soldaten hatten sich im Frühjahr vorigen Jahres über Benachteiligung im Firaku-dominierten Militär beschwert und später gemeutert. Als hätten diese Konflikte nicht gereicht, brachen noch

ethnisch motivierte Kämpfe zwischen rivalisierenden Jugendbanden aus. Die Unruhen gipfelten in dem Vorwurf, Innenminister Rogerio Lobato habe im Auftrag des Premierministers Mari Alkatiri Zivilisten bewaffnet und diese gegen politische Gegner gehetzt. Die folgende Regierungskrise zwang Lobato und Alkatiri zum Rücktritt, während Außenminister Ramos-Horta als Premierminister daraus hervorging.

Seit dem Ausbruch der gewalttätigen Auseinandersetzungen bis zu den Präsidentenwahlen verging kein Monat ohne eine weitere Eskalation. So waren etwa im Oktober zwölf Tote durch Bandenkämpfe zu beklagen, 50 Menschen

wurden dabei verletzt, darunter auch drei Ausländer. Am 9. November 2006 erklärte Ramos-Horta, damals noch Premierminister, die schlimmste Phase der Gewalt sei wohl vorbei. Es kam jedoch mindestens noch dreimal zu Zwischenfällen sowohl in der Hauptstadt als auch in anderen Landesteilen, bei denen insgesamt 13 Menschen ermordet wurden. Die Polizei war einige Monate handlungsunfähig, aber seit Ende September sind wieder einige Polizisten im Dienst. Aber angesichts der neuen Krawalle ist es noch keineswegs absehbar, wann der Staat wieder das Gewaltmonopol hat. Für Training und Reorganisation sorgt die UNO-Mission UNMIT, die nun auch die Wahlkämpfer unterstützte und darüber wachte, dass vereinzelte gewalttätige Auseinandersetzungen während des Wahlkampfes nicht in Mord und Totschlag endeten.



Logo der internationalen Wahlbeobachter für Osttimor